

Anforderungen der IG BCE an die Energiepolitik 2010 – 2050

Die konzeptionellen energiepolitischen Versäumnisse der letzten Jahre haben erste Auswirkungen auf die Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der deutschen Industrie. Ohne ein ausreichendes und zuverlässiges Stromangebot zu erträglichen Preisen hat die Industrie keine Zukunft. Die energie- und stromintensiven Branchen stehen in Deutschland schon heute vor der Alternative: Zukunftsinvestitionen oder Auslauf?

Die Regierungskoalition hat für Herbst 2010 ein neues Energiekonzept angekündigt. Es soll Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formulieren. Das weckt die Erwartung, dass nun längst überfällige Entscheidungen zum Energiemix der nächsten Jahrzehnte getroffen werden.

Das Konzept muss wichtige Fragen beantworten:

- Wie lässt sich eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung mit der Begrenzung der Erderwärmung vereinbaren?
- Wie lange und in welchem Umfang soll die Kernenergie in Deutschland genutzt werden?
- Wie sieht die Zukunft des Stein- und Braunkohlebergbaus in Deutschland aus?
- Wie abhängig werden wir von Erdgasimporten?
- Woher bekommen die energieintensiven Industrien in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Energie, die sie für ihre Produktionsprozesse brauchen und was wird diese Energie kosten?

Bereits heute stellt sich die letzte Frage ganz konkret denjenigen, die in den Unternehmen über Investitionen in neue Anlagen entscheiden, die 20, 30 oder mehr Jahre gewinnbringend laufen sollen. In welchem Maß besteht Planungssicherheit für zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in den Jahren bis 2050? Die Antwort beeinflusst schon jetzt die Auswahl zwischen Standorten, die international um Investitionen in Neuanlagen konkurrieren.

Fast alle Grundlastkraftwerke, die heute in Deutschland die industrielle Energieversorgung sichern, werden bis 2030 abgeschaltet sein. Entweder sind es Kernkraftwerke, deren Auslauf politisch

beschlossen wurde, oder Kohlekraftwerke, die dann das Ende ihrer Lebensdauer überschritten haben.

Unter den bestehenden Rahmenbedingungen insbesondere des Emissionshandels ab 2013 und fehlender Akzeptanz an Standorten geben Energieversorgungsunternehmen Projekte für neue Kohlekraftwerke auf oder stellen sie zurück. Denn die hohen Investitionen in neue Kraftwerke sind unternehmerisch nur verantwortbar, wenn genehmigungsrechtliche Planungssicherheit besteht und die prognostizierten Strompreise oberhalb der Vollkosten der Neuanlagen liegen.

Wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO₂-Emissionshandel sie unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, dann haben auch Aluminiumhütten, Glasöfen, Papiermaschinen und Elektrolysen nur noch so lange eine wirtschaftliche Zukunft, wie die alten Kraftwerke weiter laufen und sie mit Strom versorgen. Auch die Zukunft des Braunkohlenbergbaus in Deutschland wäre unter diesen Bedingungen begrenzt.

Die IG BCE will Nachhaltigkeit. Weder dürfen energie- und industriepolitische Erfordernisse über die notwendigen Klimaschutzziele, noch einseitige Klimaschutzmaßnahmen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestellt werden. Die IG BCE will eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, eine langfristige, umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima tatsächlich schützt sowie sozialen Fortschritt voranbringt.

Ein energiepolitisches Konzept wird deshalb die entscheidende Frage beantworten müssen, wie die Nutzung fossiler Energieträger mit der klimapolitisch gebotenen Reduktion von CO₂-Emissionen vereinbart werden kann.

Energiemix

Die Anteile der verschiedenen Primärenergieträger am deutschen Energiemix ergeben sich aus den Energiemarktbedingungen, den klima- und umweltpolitischen Zielen und Regelwerken sowie dem gesellschaftlich verabredeten Ausstieg aus der Kernenergie. Deutschland fehlt ein langfristiger Konsens über diese Rahmenbedingungen.

Die 1998 begonnene Liberalisierung des EU-Energiemarkts ist grundsätzlich nicht umkehrbar. Welche Menge eines Primärenergieträgers verbraucht oder substituiert wird, ist in erster Linie eine Frage des jeweiligen Preises. Für die Verstromung gilt: Die Marktpreise eines Energieträgers im Verhältnis zu den an der Börse zu erzielenden Strompreisen entscheiden über seinen Verbrauch.

Die Politik beeinflusst den Energiemix durch Entscheidungen über Rahmenbedingungen, die Energieträger verteuern, wie z.B. der Emissionshandel die Braunkohle, oder subventionieren, wie die heimische Steinkohle oder erneuerbare Energien.

Ein energiepolitisches Konzept muss die ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Instrumente, die heute neben- und teils gegeneinander wirken, in einer politisch begründeten Zielhierarchie bündeln. Dabei darf die Industriepolitik der Energie- und Klimapolitik nicht untergeordnet werden.

Der Bundesumweltminister will die Stromerzeugung in Deutschland bis zum Jahr 2050 fast vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Dabei berücksichtigt er bestenfalls den Strombedarf von Privathaushalten, Handel und Gewerbe, aber er übersieht den Bedarf der energieintensiven Industrie an Grundlaststrom. Der muss an 365 Tagen im Jahr während 24 Stunden zur Verfügung stehen, auch wenn es dunkel ist und kein Wind weht.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Aber sie taugen nicht für die industrielle Grundlast, solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann. Ihr Anteil soll in Deutschland bis 2020 auf 30 Prozent der Stromerzeugung ausgebaut werden. Das Ziel ist ambitioniert, aber erreichbar und

muss weiter verfolgt werden. Dazu müssen Offshore-Windparks vom Reißbrett ins Meer gebracht werden, über 1.100 Kilometer Übertragungsnetztrassen neu gebaut werden und vieles mehr.

Zur Energieeinsparung durch effizienteren Ressourceneinsatz bei Erzeugung und Verbrauch von Strom bestehen noch viele ungenutzte Möglichkeiten. Sie müssen genutzt und gefördert werden. Die IG BCE unterstützt nachdrücklich das von der letzten Bundesregierung beschlossene CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, ebenso die Programme zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes der sozialen Infrastruktur, des Bundes, der Länder und Kommunen. Für diese Sanierungsmaßnahmen bieten die chemische Industrie, die Kunststoffindustrie, die Glasindustrie und die Baustoffindustrie maßgeschneiderte Produkte. Diese Programme verbessern nicht nur den Klimaschutz, sie schaffen und sichern zugleich Arbeitsplätze in den genannten Branchen sowie in Handwerk und Baugewerbe.

Dennoch bleiben 2020 noch 70 Prozent Strom aus nicht erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dieser Anteil lässt sich bis 2050 nicht auf Null reduzieren, ohne den energieintensiven Industriestandort aufzugeben.

Kernenergie

Auf absehbare Zeit bleiben Kohle und Kernenergie die wichtigsten Säulen der Versorgungssicherheit. Die IG BCE steht zum Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung von 2002. Ein Ausstieg aus der Kernenergie, bevor ausreichend neue Kohlekraftwerke gebaut worden sind, stellt die Erzeugung wettbewerbsfähiger Grundlastenergie für die Industrie in Frage. Mit der Kernenergie können angesichts der mittelfristig anhaltenden Knappheiten im europäischen Strommarkt preisdämpfende Effekte erzielt werden. Zugleich leistet sie einen Beitrag zum Klimaschutz. Langfristig kann durch den Einsatz der Kernenergie die Zeitachse zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit neuer Energieoptionen entscheidend erweitert werden. Aus diesen Gründen hält die IG BCE es für sinnvoll, statt einer einfachen Addition von Jahren die Restlaufzeit der Kernkraftwerke vom Sicherheitsnachweis der Anlagen abhängig zu machen. Zudem bedarf es der Weiterführung der Energieforschung im Bereich der Kernenergie-

sicherheitstechnik. Hier darf der Anschluss an die internationale Entwicklung nicht verloren gehen.

Kohle

Der wichtigste Energieträger wird weltweit auch 2050 noch die Kohle sein. Allein China fördert jährlich rund 2 Milliarden Tonnen Kohle. Dagegen erscheint der deutsche Verbrauch von 50,3 Millionen Tonnen SKE Steinkohle und 51,5 Millionen Tonnen SKE Braunkohle im Jahr 2009 gering. Er ist aber wesentlich für den Erhalt der Stromversorgung der energieintensiven Industrie in Deutschland.

Am Energieträger Kohle führt auch in Deutschland kein Weg vorbei. Stein- und Braunkohle decken zurzeit die Hälfte der deutschen Stromversorgung, sie bleiben besonders für die Grundlastversorgung der energieintensiven Industrie auf viele Jahrzehnte hinaus unverzichtbar. Deshalb brauchen die Kohlereviere stabile und verlässliche Rahmenbedingungen.

Steinkohle

Die IG BCE hält einen langfristigen deutschen Steinkohlenbergbau für unverzichtbar und den geplanten Auslauf für falsch. Die im Steinkohlefinanzierungsgesetz verankerte Revisionsklausel muss genutzt werden, um so schnell wie möglich einen dauerhaften Sockelbergbau zu vereinbaren.

Deutschland braucht den heimischen Steinkohlenbergbau. Zum einen wegen der zur Sicherung der technologischen Spitzenstellung und des Erfahrungsschatzes der Bergleute sowie für den Erhalt des Zugangs zu den Lagerstätten, zum anderen wegen seines Beitrags zur Versorgungssicherheit vor allem beim Strom angesichts extrem volatiler Energie- und Rohstoffpreise.

Die notwendige finanzielle Förderung für einen Sockelbergbau wird langfristig sinken. Um dies zu konkretisieren, hat die IG BCE die RAG aufgefordert, die Kosten szenarienbezogen zu berechnen. Diese Zahlen werden in Kürze vorliegen.

Ein Sockelbergbau über 2018 hinaus ist energie-, industrie- und strukturpolitisch geboten und gehört als wichtiger Bestandteil in jedes vernünftige energiepolitische Konzept.

Braunkohle

Die IG BCE tritt für den Erhalt des deutschen Braunkohlenbergbaus ein. Der ist zwar nicht so kurzfristig gefährdet wie der Steinkohlenbergbau, aber ohne neue Braunkohlekraftwerke müsste auch der Braunkohlenbergbau in Deutschland auslaufen.

Die Energieversorgungsunternehmen beklagen das Fehlen von Anreizen und Planungssicherheit, um in kapitalintensive Neuanlagen zu investieren. Deshalb muss die Energiepolitik Rahmenbedingungen setzen, die das betriebswirtschaftliche Interesse an neuen, klimafreundlichen Braunkohlekraftwerken mit dem industriepolitischen Interesse an einer sicheren und wettbewerbsfähigen Grundlast-Energieversorgung vereinbaren.

Wenn unter den Bedingungen der dritten EU-Emissionshandelsperiode ab 2013 die bestehenden Braunkohle-Altkraftwerke zunehmend stillgelegt werden, ohne dass moderne Neubauten an ihre Stelle treten, verliert Deutschland seinen heute wichtigsten und sichersten subventionsfreien Energieträger. Die Folgen wären katastrophal, sowohl für den Braunkohlenbergbau als auch für die energie- und stromintensive Industrie, die auf die kostengünstige Braunkohle-verstromung angewiesen ist.

Deshalb müssen Braunkohlenbergbau und –verstromung auch nach 2013 wirtschaftlich bleiben. Dafür ist der Neubau effizienterer und flexibel regelbarer Kraftwerke jetzt erforderlich sowie die Weiterentwicklung und großflächige Einführung der Zukunftstechnologie CCS (Abscheidung und Speicherung von CO₂) für den Zeitraum nach 2020. Darüber hinaus muss die Wiederverwendung von CO₂ (CCR) erforscht und technologisch entwickelt werden.

Um CCS in der Fläche einführen zu können, müssen jetzt dringend die politischen Rahmenbedingungen insbesondere für Pipelines und CO₂-Speicherstätten gestaltet werden. Dazu gehört die zügige Verabschiedung des längst entworfenen CCS-Gesetzes. Die Verantwortung des Staates für die zentrale Klima- und Energietechnologie CCS geht aber – ebenso wie bei den erneuerbaren Energien – über das Genehmigungsrecht hinaus. Der Aufbau der nötigen CCS-Infrastruktur droht an Zersplitterung zu scheitern, wenn er einzelnen Projekten einzelner Unternehmen überlassen bleibt. Eine gemeinsame CCS-

Infrastrukturgesellschaft der öffentlichen Hand und der Energieunternehmen könnte am besten die gesellschaftliche Akzeptanz eines CCS-Transportnetzes fördern und für seine Realisierung Ressourcen bündeln und effizient einsetzen.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energieträger leisten einen zunehmenden Beitrag zur Energieversorgung, weltweit und in Deutschland. Ihr Anteil am Energiemix wird stetig wachsen. Das Interesse am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit treibt diese Entwicklung ebenso voran wie die begrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger. In Zukunft – wann genau ist offen - werden erneuerbare Quellen die Welt mit Energie versorgen, weil fossile Energieträger erschöpft sind oder als Rohstoffe benötigt werden.

Deshalb muss schon heute eine Energieversorgung aufgebaut werden, die fossile Energieträger geschickt mit erneuerbaren kombiniert und die so gewonnenen Erfahrungen und Technologien weiterentwickelt.

Die Frontstellung „Erneuerbare gegen Fossile“ ist ebenso falsch wie überholt. Die IG BCE weiß das aus eigener Erfahrung, denn sie vertritt Arbeitnehmer aus allen Bereichen der Energiewirtschaft. Das breite Spektrum reicht vom Kohlebergbau bis zur Solarindustrie, von nuklearen Entsorgungsunternehmen bis zu Betreibern von Biomasse- oder Windanlagen. Darunter sind viele Unternehmen, die sowohl in erneuerbare als auch konventionelle Anlagen investieren, wenn es betriebswirtschaftlich vernünftig ist. Aus dieser Breite an Erfahrungen schöpft die IG BCE ihre Kompetenz, energiepolitische Positionen realitätsbezogen und ganzheitlich zu vertreten, statt ideologisch verkürzt.

Windkraft

Die Ausbauziele sind ambitioniert, aber sie können und müssen erreicht werden. Gegenwärtig sind an Land etwa 23.000 Megawatt Leistung installiert. Weitere neue Standorte sind knapp, die Leistung ließe sich vor allem durch Repowering steigern. Wirtschaftlich interessant sind dafür die bis zum Jahr 2000 installierten Windkraftanlagen mit insgesamt rund 7.500 Megawatt. Zusätzlich

kommt unter bestimmten Umständen ein Teil der von 2000 bis 2005 installierten Anlagen mit 10.000 Megawatt für Repowering in Frage. Insgesamt ist bis 2020 mit einem Zubau von 10.000 bis 12.000 Megawatt durch Repowering zu rechnen. Bürgerinitiativen gegen Windenergieanlagen, Höhenbeschränkungen, Regionalplanungsverordnungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind dabei berücksichtigt. Für den Transport dieses Stroms sind allerdings noch 455 Kilometer neue 380-kV-Doppelleitungen und die Verstärkung von 97 Kilometer bestehenden Trassen notwendig.

Auf See (Offshore) gibt es bisher das Testfeld Alpha-Ventus mit 12 Windkraftanlagen à 5 Megawatt, das EWE, E.ON und Vattenfall New Energy 45 Kilometer nördlich von Borkum in einer Wassertiefe von 28 bis 32 Meter errichtet haben. Um die Ausbauziele des energiepolitischen Programms der Bundesregierung von 10.000 Megawatt offshore zu erreichen, müssten ab 2010 jedes Jahr 200 solcher Anlagen in Betrieb genommen werden. Doch um die Offshore-Anlagen zu installieren, fehlen Fachpersonal und Infrastruktur wie Spezialschiffe. Außerdem werden für 10.000 Megawatt Offshore-Strom rund 1.000 Kilometer Stromleitungen benötigt, die genehmigt, finanziert und gebaut sein müssen, bevor der Windstrom fließen kann. Auch die langen Lieferzeiten für Windkraftanlagen bremsen den Offshore-Ausbau. Sie liegen heute bei etwa zwei Jahren und werden sich auf absehbare Zeit nicht verringern, da die weltweite Nachfrage nach Land-Windkraftanlagen weiter steigt. In anderen Ländern wie Großbritannien, Dänemark oder Schweden dürfen Offshore-Anlagen näher an der Küste in flacherem Wasser errichtet werden, entsprechend schneller geht der Ausbau dort voran. Allein RWE will bis 2020 an den beiden britischen Offshore-Standorten vor Bristol und auf der Dogger Bank 4.000 Megawatt installieren. Vor der deutschen Nordseeküste will RWE 2010 mit dem Bau des Parks Nordsee Ost beginnen, dort sollen für eine Milliarde Euro bis 2013 in etwa 25 Meter Wassertiefe 48 Turbinen mit zusammen lediglich 290 Megawatt Leistung errichtet werden.

Solarenergie

Die Sonne liefert in einer Stunde die Energiemenge, die von der Menschheit in einem Jahr verbraucht wird. Die Solarenergie hat ein enormes Zukunftspotential. Doch vor seiner Nutzung liegen große

Herausforderungen. Solarstrom muss wirtschaftlicher werden, damit sein Anteil am Energiemix weiter gesteigert werden kann, ohne mit dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) die volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten zu sprengen. Je mehr Solarzellen produziert werden, desto günstiger wird ihr Preis. Doch Wirtschaftlichkeit darf es nicht um jeden Preis geben. Kostensenkungen zu Lasten der Qualität oder zu Lasten der Arbeitsbedingungen sind der falsche Weg. Die Solarindustrie muss wirtschaftlicher produzieren, um der Degression des EEG standzuhalten und auf Exportmärkten in Sonnenländern auch zu Marktpreisen wettbewerbsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Das wird ihr nur gemeinsam mit ihren qualifizierten Arbeitnehmern gelingen, nicht gegen sie.

Die IG BCE unterstützt ausdrücklich Unternehmensstrategien, die auf Wirtschaftlichkeit durch bessere Technik setzen. Dazu zählen weniger Materialverbrauch mittels dünnerer Wafer, preiswertere Materialien wie Solarsilizium, das nicht so rein wie Elektroniksilizium sein muss, und höhere Wirkungsgrade durch Dünnschichttechnologie wie zum Beispiel bei Schott Solar. Technologische Optimierung senkt die Kosten nachhaltig. Kostendruck auf die Beschäftigten – unmittelbar hier in Deutschland oder mittelbar durch Billigimporte aus Billiglohnländern – führt schnell in eine Sackgasse.

Nachwachsende Rohstoffe

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung und als Treibstoffe für Kraftfahrzeuge kann zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und zur Schonung der fossilen Rohstoffe beitragen. Für die Landwirte wird damit eine neue Einkommensquelle erschlossen.

Biomasse

Energie aus Biomasse darf nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion gehen. Auch muss die stoffliche Nutzung, etwa von Holz für die Papiererzeugung, Vorrang vor der energetischen Verwertung haben. Aber Betonverschalungen vom Bau oder nicht mehr genutztes Mobiliar aus Privathaushalten müssen nicht als Abfall entsorgt werden, sondern können als Ressourcen schonender Brennstoff in geeigneten Anlagen Strom und Wärme erzeugen. Für die energetische Nutzung sind die so genannten BTL-Verfahren (Biomass to Liquid), bei denen alle Pflanzenteile und auch Abfallstoffe unter Druck

und Hitze verflüssigt werden, zur großtechnischen Reife weiterzuentwickeln. Die Chancen moderner bio- und gentechnologischer Verfahren sind konsequent zu nutzen.

Biogas

Auch Biogas gehört in den Energiemix. Milliarden von Bakterien wandeln in riesigen Tanks Speiseabfälle, Gülle oder nachwachsende Rohstoffe, zum Beispiel Gräser, in Biogas um. Es kann in das allgemeine Erdgasnetz eingespeist werden oder in Blockheizkraftwerken effizient Strom und Wärme erzeugen.

Geothermie

Geothermie muss als Energiequelle genutzt werden, wo das wirtschaftlich möglich ist. 99 Prozent unseres Planeten sind heißer als 1.000 Grad Celsius. Theoretisch würde die in den oberen drei Kilometern der Erdkruste gespeicherte Energie ausreichen, um den Energiebedarf auf allen Kontinenten zu decken. Aber nur an wenigen Stellen, etwa in Island, tritt die Energie direkt an die Oberfläche. In Deutschland muss man die Wärme in der Erdkruste anzapfen, also in die Tiefe gehen. Dort muss die Erdwärmennutzung sicher und zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten weiter ausgebaut werden.

Grubengas

Das Grubengas Methan muss, wo es möglich ist, aus aktiven und stillgelegten Steinkohlebergwerken abgesaugt werden, bevor es unkontrolliert entweicht. Als Bestandteil der Kohle wird Gas beim Kohleabbau frei. Im Bergbau ist es unter Tage nicht erwünscht, da es explosiv ist. Es wird deswegen abgesaugt und gereinigt, um es in Gasturbinen, Gasmotoren und Kesseln verbrennen zu können und so zur Energieumwandlung zu nutzen. Im Ruhrgebiet und im Saarland produziert Evonik New Energies seit über 100 Jahren Strom und Wärme aus Grubengas. An der Ruhr wird es in kleinen Blockheizkraftwerken direkt in Strom und Wärme umgewandelt. An der Saar fließt es durch ein Grubengasnetz zu mehreren Heizwerken oder zu Industriekunden. Am Standort Völklingen betreibt Evonik eine der weltweit größten Grubengasmotorenanlagen mit 42 Megawatt elektrischer und thermischer Leistung.

Klimapolitik

Klimapolitische Regelwerke sind den Marktmechanismen vorgeschaltet. EEG-Strom wird staatlich festgelegt mit einem Vielfachen der fossilen Stromerzeugungskosten vergütet und unabhängig vom Preis vorrangig in das Stromnetz gespeist.

Für fossile Energieträger, deren Verstromung CO₂ freisetzt, müssen im Rahmen des Emissionshandels Erlaubnis-Zertifikate erworben werden, die ihren Einsatz ähnlich einer Steuer verteuern.

Die Vereinten Nationen haben in Kopenhagen über das Ziel verhandelt, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dass dieses Ziel in erster Linie mit dem Verhalten Chinas steht und fällt, wurde in Kopenhagen sehr deutlich. China kündigte an, seine CO₂-Emissionen bis 2050 pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf das Jahr 2020 um bis zu 45 Prozent zu mindern. Peking verweigerte aber jede internationale Festlegung oder Kontrolle von Reduktionszielen. Die Begrenzung der Erderwärmung wird letztlich davon abhängen, wie effizient Chinesen und Inder ihre Kohle verstromen und wie viel CO₂ dabei noch in die Atmosphäre gelangt. Ob diese Länder Kohle verstromen, stellen sie nicht zur Debatte. Sie bauen in schnellem Takt eine Vielzahl neuer Kohlekraftwerke, die sie auch betreiben werden.

Soll der weltweit wachsende Energiehunger klimaverträglich gestillt werden, liegt der Schlüssel dazu nicht nur im Ausbau erneuerbarer Energien, sondern auch in der Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien bei der Energieerzeugung. Die IG BCE unterstützt alle Bemühungen, Erfolge beim Klimaschutz auch durch technische Lösungen zu erreichen. Dazu gehört insbesondere die Speicherung oder Wiederverwendung von CO₂ aus fossil gefeuerten Kraftwerken. Mit CCS können China, Indien und alle anderen Kohle verstromenden Länder ihre klimapolitischen Ziele mit ihrer Industriepolitik vereinbaren.

Deutschland emittiert mit 3 Prozent Weltanteil so wenig Treibhausgas, dass sein direkter Einfluss auf das Weltklima vergleichsweise unbedeutend ist. Aber auch in Deutschland ist CCS dringend erforder-

derlich, um die Emissionsminderungsziele industrieverträglich zu erreichen.

Die IG BCE spricht sich für ein weltweit verbindliches Klimaabkommen als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz aus. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen. Zugleich können Wettbewerbsnachteile für diejenigen vermieden werden, die bereits hohe Umweltstandards einhalten. Aus diesem Grund lehnt die IG BCE weitere einseitige Vorleistungen der EU ab. Diese ist mit ihren Klimagesetzen auch nach Kopenhagen noch Klimaschutz-Vorreiter.

Industriepolitik

Die energie- und stromintensiven Branchen stehen in Deutschland vor der Alternative: Zukunftsinvestitionen oder Auslauf?

Der Strompreis droht für die energieintensive Industrie zum entscheidenden Kriterium zur Verlagerung der Produktion in andere, insbesondere außereuropäische Länder zu werden, die mit günstigeren Energiepreisen locken. Die Differenzen zu den Strompreisen in der EU belaufen sich teilweise auf deutlich mehr als 20 Euro pro Megawattstunde.

Entscheidend für den Erhalt des Industriestandorts wird eine rasche Ausweitung des Stromangebots durch Zubau von Erzeugungs- und Leitungskapazität sein.

Die strategischen Entscheider wissen, dass fast alle Grundlastkraftwerke, die heute in Deutschland die industrielle Energieversorgung sichern, spätestens in 20 Jahren abgeschaltet sein werden. Entweder sind es Kernkraftwerke, deren Auslauf politisch beschlossen wurde, oder Kohlekraftwerke, die das Ende ihrer Lebensdauer überschritten haben.

Wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO₂-Emissionshandel sie unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, dann haben auch Aluminiumhütten, Glasöfen, Papiermaschinen und Elektrolysen nur noch so lange eine wirtschaftliche Zukunft, wie die alten Kraftwerke weiter laufen und sie mit Strom versorgen.

Danach wird zwischen Standorten ausgewählt, die international um Investitionen in Neuanlagen konkurrieren – ob bei BASF in Shanghai oder bei Norsk Hydro in Katar.

Einige Beispiele:

BASF lenkt seine Zukunftsinvestitionen stärker nach China und in andere Schwellenländer. Pläne für eine Kohlevergasungsanlage in Ludwigshafen wurden wegen ihrer Belastungen durch den Emissionshandel aufgegeben. Auch in anderen Bereichen der energieintensiven Grundstoffchemie sind Verlagerungstendenzen zu erkennen.

2009 begann *Hydro Aluminium Deutschland* die Elektrolyse und die Anodenfabrik im Rheinwerk, der größten deutschen Aluminiumhütte, aufgrund zu hoher Strompreise zu schließen. Nachdem die Bundesregierung eine Richtlinie zur Förderung der Herstellung von klimaschonenden Nicht-Eisen-Metallen erlassen hatte, wurde die Schließung bei einer Minimalkapazität von 50.000 Tonnen ausgesetzt. Aber weil die EU das beihilferechtliche Prüfverfahren der deutschen Förderrichtlinie verzögert, droht 2010 die endgültige Schließung.

Durch die Einpreisung der kostenlosen Emissionsrechte ist die Metallindustrie seit Einführung des Emissionsrechtehandels mit erheblichen Strompreissteigerungen konfrontiert. Diese Effekte werden durch die Versteigerung der Zertifikate ab 2013 verfestigt und verstärkt.

Im Koalitionsvertrag wurde deswegen vereinbart zu prüfen, welche Maßnahmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie und der damit verbundenen Arbeitsplätze, gegebenenfalls vor 2013, erforderlich sind. Aber das ist zu vage formuliert. Die deutsche Aluminium und Nicht-Eisen-Metallindustrie insgesamt steht in den nächsten Jahren vor dem Aus, wenn die Bundesregierung nicht umgehend eine Regelung für die finanzielle Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen trifft.

Für die Glasindustrie waren zu hohe Energiekosten schon 2008 eine gefährliche Wachstumsbremse. 2009 wurden sie zu einem Krisenbeschleuniger. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus den emissionshandelsbedingten Kosten für direkte CO₂-Emissionen der Glaswannen.

Auch die Papierindustrie leidet unter einer widersprüchlichen Politik. Zwar wurde ihr zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt eine kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten für Anlagen auf dem Stand der Technik zugesagt. Doch das wird durch eine EU-Bürokratie konterkariert, die solche Zusagen kompliziert und relativiert. So sollen nur Papierwerke, die unverarbeitetes Papier verkaufen, die kostenlose Zuteilung erhalten, während Werke, die Transportemissionen sparen und das Papier vor Ort zu Tissuepapier (Hygienepapier) weiterverarbeiten, die CO₂-Zertifikate ersteigern müssen. Beispielsweise würde bei einem Hygienepapierhersteller, der heute in einer dreistufigen Wertschöpfungskette erst Zellstoff, dann Rohpapier und schließlich ein verpacktes Endprodukt produziert, bei einer Unwirtschaftlichkeit der Papierherstellung nur noch die Verarbeitung übrig bleiben. Da die Erzeugungskosten für Rohpapier in Europa nicht weit entfernt vom Weltmarktpreis inklusive der Transportkosten sind, würden von den 1.500 Mitarbeitern am Standort nur noch etwa 500 benötigt.

Fazit

- Für alle strom- und energieintensiven Industriebranchen braucht Deutschland dringend ein energiepolitisches Konzept, das sich diesen Problemen stellt und den Energiemix für die Industrie der Zukunft erhält.
- Dieses Konzept muss die energiepolitischen Notwendigkeiten des Industriestandorts Deutschland mit seinen klimapolitischen Zielen verbinden. Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Aber sie taugen nicht für die industrielle Grundlast, solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann.
- Ein breiter Energiemix hat sich bewährt. Um eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können, brauchen Deutschland und Europa alle Energieträger, die sie heute nutzen.
- Damit in Deutschland auch in Zukunft Industriestrom erzeugt werden kann, müssen neue Kohlekraftwerke gebaut werden, wenn keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden sollen.

- Die erneuerbaren Energien müssen weiter ausgebaut werden. Dabei müssen sowohl ihr Potenzial als auch ihre Kosten realistisch betrachtet werden. Erneuerbare Energieträger leisten einen zunehmenden Beitrag zur Energieversorgung, weltweit und in Deutschland. Das Interesse am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit treibt ihre Entwicklung ebenso voran wie die begrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger.
- Der Emissionshandel darf die Wirtschaftlichkeit der Braun- und Steinkohleverstromung nicht in Frage stellen. Er muss so ausgestaltet werden, dass Fehlanreize vermieden werden.
- Emissionshandelsbedingt gestiegene Stromkosten müssen für stromintensive Unternehmen unbürokratisch kompensiert werden, entweder pauschal oder durch Nachweis der individuellen Kosten der letzten Jahre.
- Bei der Kraftwerksförderung dürfen moderne, effiziente Stein- und Braunkohlekraftwerke nicht benachteiligt werden.
- Um die Begrenzung der Erderwärmung mit der notwendigen weltweiten Energieversorgung vereinbaren zu können, sind neue Technologien wie Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) unverzichtbar, die wirtschaftliche Kohleverstromung in neuen Kraftwerken und den Schutz der Atmosphäre vor CO₂-Emissionen vereinbar machen, statt beides ideologisch gegeneinander zu stellen.
- Die Politik ist aufgefordert, für verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen, die der energieintensiven Industrie in Deutschland Luft verschaffen. Die Unternehmen sind gefordert, durch Modernisierungsinvestitionen ihre Produktionsstätten auf dem Stand der Technik zu halten, um diese Rahmenbedingungen betriebswirtschaftlich optimal zu nutzen und beschäftigungsfähig zu bleiben.